

Stand: 17.06.2026 15:50:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4602

"Wer anschafft, zahlt: Bundesvorgaben nachhaltig finanziell unterlegen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4602 vom 21.01.2025
2. Beschluss des Plenums 19/4657 vom 22.01.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 39 vom 22.01.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Holger Dremel, Josef Zellmeier, Daniel Artmann, Barbara Becker, Maximilian Böttl, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Thomas Holz, Manuel Knoll, Harald Kühn, Werner Stieglitz, Martin Stock und Fraktion (CSU)

Wer anschafft, zahlt: Bundesvorgaben nachhaltig finanziell unterlegen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass leistungsfähige, finanzstarke Kommunen die Grundvoraussetzung für den Erhalt der Funktionsfähigkeit unserer Staatsordnung und Demokratie vor Ort darstellen.

Um zusätzliche Belastungen durch übertragene Aufgaben für die Kommunen zu verhindern, wird die Staatsregierung dementsprechend aufgefordert, sich weiter beim Bund dafür einzusetzen, dass die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen – vor allem auch mit Blick auf die bislang ständig zunehmenden Bundesvorgaben wie höhere Standards und neue Rechtsansprüche – auch vonseiten des Bundes angemessen und nachhaltig unterstützt wird. Dieses Prinzip muss fester Bestandteil aller Bundesvorgaben gegenüber Kommunen sein.

Begründung:

Bayerns Kommunen sind einer massiven Krise der Kommunalfinanzen ausgesetzt. Trotz des Durchgriffsverbots nach Art. 84 Abs. 1 Satz 7 Grundgesetz (GG) führt die Übertragung zahlreicher Aufgaben durch den Bund, etwa im Sozialbereich, zu einer finanziellen Überlastung der Kommunen. Dementsprechend sollen die Bemühungen der Staatsregierung für eine auskömmliche finanzielle Beteiligung des Bundes weiter fortgeführt werden, insbesondere dann, wenn Bundesgesetze zu finanziellen Belastungen der Kommunen führen. Auf diesem Wege sollen stabile Kommunalfinanzen genauso wie die Funktionsfähigkeit der Kommunen erhalten werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Holger Dremel, Josef Zellmeier, Daniel Artmann, Barbara Becker, Maximilian Böttl, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Thomas Holz, Manuel Knoll, Harald Kühn, Werner Stieglitz, Martin Stock und **Fraktion (CSU)**

Drs. 19/4602

Wer anschafft, zahlt: Bundesvorgaben nachhaltig finanziell unterlegen

Der Landtag stellt fest, dass leistungsfähige, finanzstarke Kommunen die Grundvoraussetzung für den Erhalt der Funktionsfähigkeit unserer Staatsordnung und Demokratie vor Ort darstellen.

Um zusätzliche Belastungen durch übertragene Aufgaben für die Kommunen zu verhindern, wird die Staatsregierung dementsprechend aufgefordert, sich weiter beim Bund dafür einzusetzen, dass die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen – vor allem auch mit Blick auf die bislang ständig zunehmenden Bundesvorgaben wie höhere Standards und neue Rechtsansprüche – auch vonseiten des Bundes angemessen und nachhaltig unterstützt wird. Dieses Prinzip muss fester Bestandteil aller Bundesvorgaben gegenüber Kommunen sein.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Andreas Birzele

Abg. Claudia Köhler

Abg. Andreas Winhart

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Patrick Grossmann

Staatsminister Albert Füracker

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und
Fraktion (CSU)**

**Wer anschafft, zahlt: Bundesvorgaben nachhaltig finanziell unterlegen
(Drs. 19/4602)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zechprellerei des Staates beenden - zusätzliche Kommunalmilliarde jetzt!
(Drs. 19/4611)**

Zum Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU auf Drucksache 19/4602 wurde namentliche Abstimmung beantragt. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Herrn Kollegen Bernhard Pohl für die FREIEN WÄHLER das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen leider mit steigender Tendenz feststellen, dass der Bund immer mehr versucht, in die kommunale Ebene hineinzuregieren, obwohl er dort eigentlich nichts zu suchen hat. Wie macht er das? – Er macht von seiner Gesetzgebungskompetenz Gebrauch. Weil wir eine Aufteilung in Gesetzgebung und vollziehende Gewalt haben, müssen diejenigen, die die Gesetze vollziehen, also Länder und Gemeinden, das Ganze dann finanziell schultern. Dafür gibt es einen Finanzausgleich, der im Grundgesetz geregelt ist. Was aber im Grundgesetz nicht ausreichend geregelt ist, ist ein Schutz der Kommunen vor der lustvollen Gier des Bundes, ständig den

Kommunen scheinbare Schönheiten und Verbesserungen des täglichen Lebens aufzubürden.

Genau darunter haben unsere Kommunen zu leiden. Das ist ein wesentlicher Teil der finanziellen Probleme, die die Kommunen haben. Obwohl der kommunale Finanzausgleich, den der Freistaat mit den kommunalen Spitzenverbänden jedes Jahr aushandelt, ständig steigt, wird die Decke für die Kommunen immer dünner. Warum ist das so? – Weil der Bund ständig neue Ideen hat, wie er die Kommunen mit neuen Aufgaben beglückt, die dann auch bezahlt werden müssen – meistens im sozialen Bereich. Damit maßt sich der Bund faktisch Kompetenzen an, die er formalrechtlich zwar hat, aber nach dem Sinn und Zweck des Grundgesetzes eben gerade nicht haben sollte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der Anspruch auf die Ganztagesbetreuung ist ein gutes Beispiel. Herr Finanzminister Albert Füracker hat völlig zu Recht gesagt, es wäre sinnvoller, wenn sich die Ebenen, also Bund, Länder und Kommunen, zusammensetzen würden, um zunächst einmal für alle Vorhaben, die man so im Kopf hat, die Finanzierungs- und Zuständigkeitsfrage zu klären, bevor man kostspielige Dinge in die Welt setzt, Rechtsansprüche konstruiert und am Ende des Tages jeder sagen muss: Eigentlich können wir es gar nicht leisten. Weil aber ein Rechtsanspruch besteht, muss man es leisten, da man ansonsten Schadensersatz bezahlt. So machen wir diesen Staat kaputt. Deswegen brauchen wir auf Bundesebene eine schnelle und entschlossene Kehrtwende.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Im Freistaat Bayern haben wir das Problem vor vielen Jahren erkannt. Die FREIEN WÄHLER waren noch nicht im Bayerischen Landtag und haben die Einführung des Konnexitätsprinzips nach dem Motto "Wer anschafft, muss bezahlen" gefordert. Bevor wir unser angedrohtes Volksbegehren in die Tat umsetzen konnten und mussten, haben die Mehrheitsfraktion im Bayerischen Landtag und die Bayerische Staatsregierung – damals noch die Alleinregierung der CSU – reagiert und dies in die Baye-

rische Verfassung geschrieben. Wir brauchen auch im Verhältnis zwischen Bund und Kommunen ein wirksames Regulativ, um die von mir vorher beschriebene Gier einzudämmen. Es kann nicht sein, dass der Bund seine politischen Vorstellungen in die Kommunen hineinträgt und auf deren Schultern und zu deren Lasten verwirklicht. Das wollen wir verhindern.

Im Übrigen ist das auch ein sehr effektiver Beitrag zum Bürokratieabbau bzw. zur Verhinderung der Entstehung neuer Bürokratie; denn wenn der Bund von vornherein weiß, dass er seine Pseudogeschenke selbst bezahlen muss und nicht den Beschenkten die Rechnung schicken darf, dann wird sich der Bund, egal, wer dort regiert, sehr genau überlegen, ob er das leisten will und leisten kann. Auch das ist ein sehr erfreulicher Nebeneffekt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aus diesem Grund fordern wir die Staatsregierung auf, weiterhin Druck zu machen. Bald wird eine neue Bundesregierung, werden neue Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag vorhanden sein. Egal, welche Konstellation: Dieses Thema muss angegangen werden.

Was hingegen die jetzige Regierung gemacht hat, war ein Desaster. Die GRÜNEN nennen das Zechprellerei. – Na ja, das ist ein etwas starkes Wort in Richtung Ampel. Ich hätte jetzt nicht Zechprellerei formuliert. Wenn man aber aufseiten des Bundes ernsthaft überlegt, verschuldeten Kommunen in Nordrhein-Westfalen vom Bund aus die Schulden zu bezahlen, muss ich sagen: Ihr habt den Schuss leider nicht gehört. So geht es nicht! Die verfehlte Politik in Nordrhein-Westfalen – völlig egal, wer dort wann am Ruder war – ist nicht Sache des Bundes. Eher wäre es Sache des Bundes, einen gerechten Länderfinanzausgleich zu schaffen. Auf den ungerechten Länderfinanzausgleich aber noch ein Schuldenerlassprogramm für klamme Kommunen in Nordrhein-Westfalen draufzusetzen, schlägt dem Fass den Boden aus.

Deswegen: Auf jeden Fall Ablehnung des GRÜNEN-Antrags; Zustimmung zum Antrag der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich Herrn Kollegen Andreas Birzele von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Andreas Birzele (GRÜNE): Herr Pohl, Sie kritisieren den Bund, dass er immer mehr Aufgaben auf die Kommunen überträgt. Sie als Landesregierung haben die verfassungsrechtliche Pflicht, Ihre Aufgaben finanziell adäquat zu hinterlegen, was Sie auch nicht tun. Sie gehen es an, aber Sie tun es auch nicht in vollem Umfang. Das fängt bei Ihnen im Kleinen an, indem Sie jetzt den Kommunen aufbürden, E-Autos drei Stunden kostenlos parken zu lassen. Sie selber sagen: Wer anschafft, muss bezahlen. Siebürden das den Kommunen ohne finanzielle Entschädigung auf. Wie geht das mit Ihrer Aussage zusammen?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich würde das gerne allgemein beantworten.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Der Freistaat Bayern kommt seiner Verpflichtung im Rahmen des Konnexitätsprinzips selbstverständlich komplett und zu hundert Prozent nach.

Ihr Beispiel ist nicht in 45 Sekunden zu beantworten.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ich kann es Ihnen gerne bilateral erklären. Wenn das aber so wäre, dann müsste der Freistaat erstatten. Das muss er aber deswegen nicht, weil es eben kein originäres Recht der Kommunen zur Erhebung dieser Abgabe gibt. Deswegen ist der Freistaat Bayern hier hinsichtlich der Regelung frei.

Der Freistaat Bayern kommt seiner Verantwortung gegenüber den Kommunen seit vielen Jahren mustergültig nach und hat trotz enger Haushaltssituation den Prozentsatz im Rahmen des allgemeinen Steuerverbundes von 12,75 auf 13 % erhöht. Das soll uns mal einer nachmachen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Herr Kollege Birzele, die Geschäftsordnung sieht keine Zwischenbemerkung auf die Antwort auf eine Zwischenbemerkung vor.

Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Claudia Köhler. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein Lob. Ich finde es super, dass Sie, FREIE WÄHLER und CSU, nach Jahren in der Regierung in Bayern endlich erkannt haben, dass man den Kommunen helfen muss. Jahrelang haben Sie zugeschaut, wie Schwimmbäder geschlossen werden, die Schulen zerbröckeln, der Bus nicht mehr fährt, die Wohnungen nicht mehr bezahlbar sind und das Internet eben nicht bis zur Milchkanne reicht. Unsere Infrastruktur in Bayern haben Sie regelrecht heruntergewirtschaftet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde es gut, dass Sie endlich einlenken und die Kommunen sehen. Jetzt müssen Sie nur noch erkennen, dass das Thema Kommunalfinanzen Ihre ureigene Aufgabe ist, dass Sie von 10 Milliarden Euro Rücklagen in Bayern – 4 Milliarden mehr als geplant – 1 Milliarde sofort an die Kommunen weiterreichen müssen, damit diese handlungsfähig bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wo haben Sie die 10 Milliarden Euro her?)

Der Bund hilft schon, obwohl er für vieles gar nicht zuständig wäre. Es gibt eine lange Liste. Es ist schlimm genug, dass Sie als Regierungsfraktionen die Liste nicht kennen. Das beginnt bei der digitalen Infrastruktur in den Schulen und endet noch lange nicht bei der Kinderbetreuung.

Aber jetzt, meine Damen und Herren, ist diese Bayerische Staatsregierung am Zug: 1 Milliarde Euro für die Kommunen, um einen Teil dessen zu bezahlen, was Sie bestellt haben. Mit 1 Milliarde Euro können dann Schulen renoviert werden, Schultoiletten auf Vordermann gebracht werden, damit kann der kommunale Wohnungsbau angeschoben werden. Es braucht Stabilisierungshilfen und Bedarfszuweisungen, viel mehr als bisher, Personal an Landratsämtern für staatliche Aufgaben. Die Landkreise zahlen so viel drauf, im Schnitt 5 Millionen Euro; bei mir daheim werden sogar 18 Millionen Euro für staatliche Aufgaben draufgezahlt.

Sie vergessen immer völlig die Bezirke. Da geht es um Menschen mit Behinderungen, um alte Menschen, um kranke Menschen, um die Jugend in Bayern. Deren Lebensqualität ist betroffen. Da muss endlich mehr Geld fließen.

In der Kinderbetreuung muss die Grundfinanzierung wieder stimmen. Da hat sich übrigens der Bund im Haushalt für 2025 mehr ins Zeug gelegt und mehr Geld als bisher gegeben. Sie, liebe Staatsregierung, haben genau um diesen Betrag gekürzt, anstatt auch noch etwas draufzulegen, damit die Kommunen mehr haben. Das ist nicht nur Bildungsungerechtigkeit, sondern es sind auch einfach weniger junge Eltern, die beruhigt in die Arbeit gehen können, wenn ihre Kinder betreut sind.

Das alles ist es doch, warum die Kommunen so stöhnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und da darf man die antragstellenden FREIEN WÄHLER schon einmal fragen: Was haben Sie für Bayern in den letzten Jahren so alles gemacht? Was ist Ihre Bilanz, außer Windkraft zu verhindern,

(Heiterkeit des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Firmen aus dem Chemiedreieck zu vertreiben und die Leute aufzuhetzen? Wo bleiben denn die Bürgschaften für Geothermie und kommunale Wärmenetze, die von Ihnen im Bierzelt so oft versprochen wurden?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr mutig für jemand, der Habeck als Wirtschaftsminister hat!)

Hier und heute spielt die Musik und nicht im Bierzelt! Heute ist Zeit, Ihren markigen Worten endlich Taten folgen zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Frage noch: Sie sprechen in dem Antrag von Belastungen, Standards und Rechtsansprüchen. Welche meinen Sie? Sollen alle wieder weg?

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Da gibt es eine ganze Liste!)

Und wer hat sie beschlossen? Das hat doch fast alles die GroKo mit den Stimmen der CSU beschlossen – ich nenne einmal den Ganztagesanspruch – und anschließend keine Strukturen dafür geschaffen. Da können Sie sich direkt bei Ihrem Koalitionspartner beschweren. Da brauchen Sie gar nicht den Umweg über das Plenum zu machen, weil hier haben wir genug zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Unterstützen Sie die Kommunen heute wirklich. Fangen Sie an: Stimmen Sie unserem konkreten Nachzieher zu und erinnern Sie sich daran, wenn die Nachtragshaushaltsberatungen beginnen.

Von so einem Papier – unverbindlich, der Landtag überhaupt nicht zuständig und nicht ein konkreter Punkt enthalten –

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Lesen!)

haben die Kommunen nichts. Deswegen stimmen wir nicht zu. Unser Antrag benennt Lösungen für Bayern. Bitte stimmen Sie zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Andreas Winhart. Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Besucher! Erst einmal ein frohes neues Jahr; jetzt haben wir uns lange nicht mehr gesehen. Mich freut auch, dass Herr Oberfeldweibel Bittner heute unter uns ist. Das ist der Herr, den Sie nicht begnadigen wollten – unser Impfverweigerungsheld, der im Gefängnis gesessen ist. Schön, dass Sie hier sind!

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zur Sache zu sprechen.

Andreas Winhart (AfD): Selbstverständlich spreche ich gerne zur Sache, Herr Vizepräsident. – Wir hatten jetzt tatsächlich mehrere Wochen Zeit, uns auf diese erste Sitzung in diesem Jahr vorzubereiten. Dann kommen Sie von den FREIEN WÄHLERN mit einem derartigen Dringlichkeitsantrag, wo man sich eigentlich fragt: Warum stellen Sie diesen Antrag eigentlich?

Inhaltlich mag das alles richtig sein. Das Konnexitätsprinzip muss wieder gelten. Auch da stehen wir dazu. Das ist alles in Ordnung. Aber erst einmal beginnt es mit einer Stammtischparole: Wer anschafft, zahlt auch! Das ist höchstes – –

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zitat Roman Herzog!)

– Das macht es nicht besser, Herr Kollege Pohl.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Stammtischparole!)

Aber es macht es auch nicht besser, wenn Sie hier darüber philosophieren, wie es den NRW-Kommunen geht, oder ob ihr denen hilft usw. In Ihrem Antrag ist schlicht und ergreifend nichts Konkretes enthalten. Der Inhalt fehlt komplett, und das ist eigentlich nicht das, was wir hier brauchen.

Üblicherweise schreibt man in einen solchen Antrag: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf höherer Ebene oder auf europäischer Ebene oder auf der Bundesebene dafür einzusetzen" oder "Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen". All diese handwerklichen Fehler haben Sie hier begangen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Was steht denn da drin? Das steht doch "sich beim Bund dafür einzusetzen"!)

– Beim Bund; ja wer denn beim Bund? Sie müssen einmal ein wenig konkret sein, Herr Kollege.

(Michael Hofmann (CSU): Sie haben es nicht gelesen! Das ist peinlich! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Weil Sie nicht gelesen haben! Weil Sie es nicht verstehen!)

Es ist Ihre Provinzpartei. Sie sind auf der Bundesebene halt kaum vertreten. Das ist Ihr Problem, und deswegen haben Sie das übersehen. Inhaltlich steht nichts drin.

Genau das Gleiche ist es beim Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN. Da ist es nicht viel besser. Auch hier soll der Landtag feststellen; man stellt nur fest. Da muss man aber schon einmal dazusagen, werte Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN: Sie regieren zurzeit in Berlin. Sie müssten nicht alles auf die Kommunen abwälzen, wenn Sie das einmal selber in die Hand nehmen würden.

Sie müssen auch nicht alles auf die Länder abwälzen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wenn ich mir zum Beispiel nur das Deutschlandticket anschau: Das war Ihr Traumprojekt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das haben Sie auch nicht alleine finanziert. Nein, da haben Sie sich immer die Hälfte von den Ländern sponsern lassen. Hören Sie also mit solchen Anträgen auf.

Ihren Antrag lehnen wir klar ab. Hinter dem Konnexitätsprinzip stehen wir. Aber das ist einfach handwerklicher Murks. Deshalb gibt es hier eine Enthaltung.

(Beifall bei der AfD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie haben den zweiten Absatz nicht gelesen!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Der nächste Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Kollege Harry Scheuenstuhl. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es den Menschen gut geht, dann geht es auch den Gemeinden und Städten gut. Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren viel für die Menschen getan. Man kann das natürlich alles nachlesen, aber ich nenne ein paar Stichworte:

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

höchste Beschäftigungsquote aller Zeiten, Corona hervorragend gemeistert, Inflation besiegt, Wohnungsbau vorangetrieben

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

und auch für die Kommunen noch viele Sachen gemacht.

Konnexität: Wer bestellt, bezahlt.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Machen wir!)

Alleine das reicht nicht. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, die Kommunen zu stärken, liebe Kollegen von den FREIEN WÄHLERN. Über Jahre hinweg haben Sie aber versäumt,

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

die finanziellen Mittel dort bereitzustellen, wo sie dringend benötigt werden.

Es ist skandalös, dass die Staatsregierung unseren Kommunen noch immer beinahe 290 Millionen Euro schuldet, und zwar für bereits geprüfte, genehmigte Bescheide aus der RZWas, Dorferneuerungsmaßnahmen und der Städtebauförderung. Während die Staatsregierung anscheinend keine Scheu hat, hohe Rücklagen zu bilden – über 3 Milliarden Euro zum Jahresende 2025 –, stehen unsere Kommunen vor einer desaströsen finanziellen Lage.

Wer große Töne spuckt, der sollte es selber besser machen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ampell!)

Unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die tagtäglich dafür sorgen, dass die Infrastruktur funktioniert, dass die Grundversorgung gewährleistet ist, müssen sich als Bittsteller in einem System bewegen, das sie, zumindest teilweise, im Stich lässt.

Ich fordere die Staatsregierung auf, per ministerieller Sofortauszahlung endlich in die Verantwortung zu gehen und den Kommunen die 290 Millionen Euro unverzüglich auszuzahlen. Es ist nicht so, dass das Geld nicht da ist, sondern man zahlt es einfach nicht aus, weil man halt nicht mag.

(Beifall bei der SPD)

Vertrauen Sie doch den Kommunen! Sie haben ihnen doch per Bescheid auch attestiert, dass sie das Geld brauchen.

Für die Kommunen ist es natürlich nicht gerade rosig, was hier im Moment für sie läuft. Die Herausforderungen im Kommunalbereich sind riesig. Laut aktuellen Schätzungen sind etwa ein Drittel unserer Straßen und jede zweite Brücke in einem schlechten baulichen Zustand; eine Mammutaufgabe, denkt man an 162.000 km bayerische Straßen und Brücken. 860 Bäder in Bayern würden 1,5 Milliarden Euro kosten. 373 bayerische Krankenhäuser verzeichnen eine Investitionslücke von 1,5 Milliarden Euro, und das

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und wer ist zuständig?)

trotz Konnexität. Konnexität – ich sage es noch einmal: Verantwortung übernehmen in der Kommune, aber auch im Land und im Bund; da gebe ich dem Kollegen vollkommen recht.

70.000 Kitabetreuungsplätze fehlen. Im Moment kommen immer mehr Warnsignale aus den Kindergärten und vor allem von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, dass das Geld hinten und vorne nicht mehr reicht. Hier muss dringend gehandelt werden. Wenn uns die Träger zusammenbrechen, dann habt ihr euer Ziel erreicht. – Ich nehme das zurück. – Dann ist ein Ziel erreicht, das wir alle nicht wollten.

Lassen Sie diese Taschenspielertricks. Wir wollen die Konnexität leben; der Bund. Ich sehe diesen Antrag heute nur als Schaulaufen für die Bundestagswahl. Wir nehmen das zur Kenntnis und werden den Antrag entsprechend ablehnen. Dem Antrag der GRÜNEN werden wir zustimmen.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Patrick Grossmann. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Patrick Grossmann (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen! Ich war letztes Jahr zusammen mit einigen Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses in der Bayerischen Staatskanzlei eingeladen. Ich habe mich dorthin auf den Weg gemacht. Es ging um das Thema "Zukunft der Finanzen im

Freistaat Bayern". Ich habe mir überlegt, welchen Beitrag ich leisten kann. Nachdem ich das erste Mal offiziell in der Bayerischen Staatskanzlei eingeladen war, habe ich auch überlegt, was es wohl zum Essen geben wird. Ich habe mir gedacht: Vielleicht Gänsebrust? Drei, vier Gänge? – Nein, es gab eine Gulaschsuppe, einfach nur eine Gulaschsuppe.

(Zuruf von der SPD)

Somit war die Botschaft des Abends klar und auch die Botschaft für uns Finanzpolitiker, die wir zukünftig Verantwortung im Haushaltsausschuss tragen: Wir gehen härteren Zeiten entgegen.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das sieht man an der Speisekarte in der Staatskanzlei!)

Wir müssen auch mal Einsparmaßnahmen treffen, und wir müssen vor allem die richtigen Prioritäten setzen. Ich glaube, darin besteht oft der Dissens zwischen der aus CSU und FREIEN WÄHLERN geführten Landesregierung auf der einen Seite und der Bundesregierung, der scheidenden Ampelkoalition, auf der anderen Seite. Es geht darum, die richtigen Prioritäten zu setzen, wenn die Einnahmen aufgrund der Politik der Ampel-Regierung nicht mehr so sprudeln und die Ausgaben gleichzeitig steigen.

Das zeigt sich an vielen Beispielen, und das zeigt sich eben auch daran, dass der Bund Entscheidungen trifft, mit denen wir hier im Freistaat Bayern alles andere als einverstanden sind. Das sieht man zum Beispiel an der Migrationspolitik

(Zurufe von den GRÜNEN: Ach!)

und an einer völlig verfehlten Sozialpolitik. In den letzten drei Jahren haben wir die Anreize für die irreguläre Migration so angehoben, dass sich alleine für den Freistaat Bayern die Kosten der Migration verdoppelt haben, von 1,5 Milliarden Euro auf über 3 Milliarden Euro.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Das sind Ausgaben, die natürlich auch zulasten unserer Kommunen gehen.

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Da müssen wir ran. Es gibt viele andere gute Beispiele für steigende Kosten, vor allem im Sozialbereich.

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Die Bundesregierung hat ein Gesetz zur Ausgestaltung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe beschlossen. Daraus folgt ein erhöhter Personalaufwand von 15 bis 20 %. Die Finanzierung durch den Bund ist gleich null.

Das Bundesteilhabegesetz wurde beschlossen. Ja, es stimmt, das war noch in der Zeit der GroKo. Aber wir fordern seit Jahren eine Dynamisierung der ursprünglich bereitgestellten fünf Milliarden Euro des Bundes. Denn es ist ja so, dass die Kosten bei den Kommunen hier immer steigen und sie immer das gleiche Geld bekommen, um diese steigenden Aufgaben zu erfüllen.

Für Unterhaltskosten in besonderen Wohnformen wurden von der aktuellen Bundesregierung auch Verbesserungen beschlossen. Aber die Kosten wurden wieder gedeckelt.

Das sind die Beispiele, die Sie haben wollen und bei denen wir zusammen mit den FREIEN WÄHLERN zu Recht darauf hinweisen: Wer anschafft, muss auch bezahlen. Wer Entenbrust anschafft, muss auch Entenbrust bezahlen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Peinlich!)

Deshalb fordern wir zu Recht die Bayerische Staatsregierung auf, im Bund dafür zu sorgen, dass diejenigen, die die Gesetze machen, die die Aufgaben auf die Kommu-

nen übertragen, dafür zahlen. Das sind nun mal, liebe Kollegin Köhler, zu 90 % Aufgaben, die der Bund auf die Kommunen überträgt, und nicht Aufgaben, die der Freistaat Bayern überträgt.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Nein!)

Wir sorgen im kommunalen Finanzausgleich – der im Übrigen dieses Jahr wieder um über 600 Millionen Euro auf 12 Milliarden Euro erhöht wurde, genauso wie in den letzten Jahren ständig erhöht wurde – dafür, dass die Kommunen eine finanzielle Ausstattung für die Aufgaben bekommen. Aber so viel, wie der Bund an Aufgaben drauflegt, kann der Freistaat Bayern gar nicht an Finanzleistungen hinterherschieben. Das wird auf Dauer nicht funktionieren.

Deshalb müssen wir eben auch an die richtige Priorisierung denken. Wir haben nichts dagegen, wenn man auch mal dazu kommt – und das ist auch eine Forderung an die neue Bundesregierung –, daran zu denken, Aufgaben wieder zu reduzieren, Gesetze zu vereinfachen oder zurückzunehmen, um sie besser finanzierbar zu machen.

Deshalb gilt: Wer Entenbrust bestellt, der muss auch Entenbrust bezahlen. Aber ich kann nur sagen: An dem Abend hat es mir nach dem Essen an nichts gefehlt. Deshalb können wir auch mal Aufgaben reduzieren. Das steht uns gut zu Gesicht. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, bleiben Sie am Rednerpult. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich Herrn Kollegen Harry Scheuenstuhl von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Kollege, die Entenbrust ist mir auf den Magen geschlagen, wenn ich ehrlich bin. Ich war im Kreistag, habe mit Kreistagskollegen gesprochen, und dann haben die gesagt: Zahlt endlich mal eure Beamten, wenn wir die Arbeit für euch machen, für den Staat. Da gibt es sogar Überprüfungen. Jeder Landrat

kann Ihnen sagen, was bei ihm fehlt. Wann zahlt denn der Freistaat endlich seine Entenbrust, die er bestellt hat?

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Claudia Köhler (GRÜNE): So ist es!)

Patrick Grossmann (CSU): Lieber Herr Kollege Harry Scheuenstuhl, ich war selber 16 Jahre als Bürgermeister in einer Gemeinde tätig. Es ist wirklich so: 90 % von diesen Bestellungen kommen von der Bundesregierung. Indem man einfach die Umsatzsteuerbeteiligung etwas anhebt, wenn man immer mehr Aufgaben überträgt, kann den Freistaat Bayern auch wieder mehr an die Kommunen ausschütten. Aber wer anschafft, der muss einfach auch bezahlen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Die Umsatzsteuer steigt doch jedes Jahr! – Claudia Köhler (GRÜNE): Vier Milliarden Euro sind in der Rücklage gebunkert!)

Das ist in dem Fall der Bund und nicht der Freistaat Bayern.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch Herr Staatsminister Albert Füracker. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Fernab von Enten- und Gänsebrüsten und von sonstigen wichtigen Dingen nun zu den Kommunal финанzen, die wir heute erneut diskutieren, die wir eigentlich bei der Haushaltseinbringung ausführlich diskutiert haben.

Aber ich wiederhole das gerne, denn es ist in der Tat natürlich wahr – –

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das war doch euer eigener Antrag! Den Antrag habt doch ihr gestellt!)

– Frau Köhler, Sie haben gesagt, Sie wollen hier kein Bierzelt haben. Dann halten Sie sich auch selber daran.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Claudia Köhler (GRÜNE): Ja, ja!)

Ich stelle das gerne noch mal dar, weil das heute natürlich um den Aspekt erweitert ist, welche Kosten der Bund verursacht, bei denen dann erwartet wird, dass sie von Ländern und Freistaat bezahlt werden. Wir haben hier ein völlig reines Gewissen. Der Freistaat Bayern gibt in seinem Haushalt fast 30 % der gesamten Ausgaben auf unterschiedlichstem Wege an die Kommunen. Das ist so viel wie niemals zuvor.

Wir hatten tatsächlich viele Dinge, wo wir durch Vorgaben des Bundes, durch falsche Politik überproportional belastet wurden. Ich nenne nur mal die Asyl- und Integrationskosten, einfach mal zum Zuhören: 2022 waren das in Bayern 1,97 Milliarden Euro. Vom Bund stammten 696 Millionen Euro. 2023 waren es schon 2,53 Milliarden Euro. Vom Bund stammten 595 Millionen Euro. 2024 waren es im Haushalt 2,7 Milliarden Euro. Vom Bund stammten rund 276 Millionen Euro. 2025 sind es im Haushalt 3 Milliarden Euro. Vom Bund kommt wieder nur ein Bruchteil.

Frage: Ist die bayerische Politik schuld, dass die Asylpolitik in Deutschland so ist, wie sie ist, oder ist es der Bund?

Hier ist schon einmal ein Beispiel, an dem man sieht, wie absurd die Vorwürfe sind, wir würden etwas nicht finanzieren. Der Bund verursacht, und wir sollen finanzieren.

Anschubfinanzierungen für den Digitalpaket Schule. Wie lange haben wir streiten müssen? Da wird angeschoben, und dann kommt kein Geld mehr. Nicht umsonst haben die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder – ich habe es mal rausgenommen – da waren auch die GRÜNEN- und die SPD-Regierungschefs der Länder dabei – in der MPK Folgendes beschlossen: Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten den Bund, seine Kostenschätzung in den Gesetzgebungsverfahren auf eine valide und nachvollziehbare Grundlage zu stellen. Das ist ein Beschluss aller Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder, egal wie sie regiert sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ja schon ein Wahnsinn, dass es solche Hinweise überhaupt braucht. Die Kostenlasten steigen unaufhörlich, und uns wird dann vorgeworfen, wir würden nicht die notwendigen Finanzen dafür aufbringen.

Wärmeplanung: nur Startgeld. Wir haben das im Bundesrat abgelehnt, weil es lange viele Kosten verursachen wird. Es ist jetzt schon klar, dass das Geld nicht reicht.

Der Höhepunkt ist nun dieser Untote, dieser Zombie der SPD: Kurz vor der Wahl wird jetzt die Welt gerettet durch die kommunale Altschuldenübernahme.

Ja, meine Damen und Herren, für sehr wenige Länder: 31 Milliarden Euro Schulden sind in Deutschland davon betroffen, Kassenkredite, die in Bayern praktisch nicht vorhanden sind. Dafür will der Bund jetzt bis zu 15,5 Milliarden Euro Schulden übernehmen, und die anderen Bundesländer, die es betrifft, sollen auch noch mal 15,5 Milliarden Euro Schulden übernehmen. Der Bund hat also offensichtlich viel Geld, um es den Kommunen zu geben. Der Bund sollte den Kommunen lieber Geld für neue Investitionen statt für alte Schulden geben, meine Damen und Herren. Das ist seine Aufgabe.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dann werden hier gefordert: eine kommunale Milliarde, eine Baumilliarde, eine Automilliarde. Wie viele Milliarden wollen Sie denn noch? Ja, Gottlob, haben wir Rücklagen. Wissen Sie, warum wir die brauchen? – Weil durch das katastrophale Politikverhalten in Berlin die Steuerschätzungen in den nächsten Jahren im Vergleich zu den letzten zwei Jahren leider so negativ ausfallen werden, dass ich die gesamten Rücklagen, die ich jetzt habe, in den nächsten Jahren brauchen werde, um die Haushalte auszugleichen. Dafür brauchen wir die Rücklagen. Durch Ihre miserable Politik in Berlin brauchen wir in Bayern diese Rücklagen, weil die Steuereinnahmen nicht mehr fließen, die einmal erwartet waren. Das sind die Fakten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wir haben in Bayern im Hochbau keinerlei Abfinanzierungsstaus. Die Kollegin Claudia Köhler schreit herum, dass wir Schulen und Kitas sanieren müssten. Es gibt allerdings keinen Abfinanzierungsstau im FAG. Für Krankenhäuser gibt es keinen Abfinanzierungsstau bei der Krankenhausinvestitionsförderung. Die Defizite bei den Krankenhäusern verursacht die Bundespolitik durch fehlende Einnahmen zur Abdeckung der Betriebskosten. Im kommunalen Finanzausgleich haben wir die Mittel in diesem Jahr um 609 Millionen Euro erhöht. Das ist ein Plus von 3,5 %. Das ist weit mehr, als der Haushalt steigt. Die Schlüsselzuweisungen steigen um 9,2 %. Das ist weit mehr, als der Haushalt steigt. Die Verbundquote haben wir auf 13 % angehoben. Ich sage Ihnen noch etwas: Herrn Scheuenstuhl, der in seiner auffälligen Art hier hereinschreit, entgegengehe ich: Wissen Sie, wer die Ursachen für die Mehrkosten an den Landratsämtern im Wesentlichen schafft? – Es ist der Bund mit der Asylpolitik und den Sozialgesetzbüchern. Das sind die Dinge, die an den Landratsämtern explosionsartige Kostensteigerungen hervorrufen.

Wie haben wir an den Landratsämtern darauf reagiert? – In den letzten zehn Jahren haben wir 1.200 neue Stellen geschaffen. Wir haben mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart, von 2024 bis 2028 532,5 Stellen zu schaffen, die wir zusätzlich an die Landratsämter geben. Warum tun wir das? – Um Aufgaben, die vom Bund kommen, umzusetzen. Meine Damen und Herren, genau dieser Vorwurf entlarvt diese Behauptung, dass wir die Kommunen unterfinanzieren würden. Die Kosten verursacht der Bund. Dem Freistaat Bayern wirft man vor, wir würden die Kommunen unterfinanzieren. Meine Damen und Herren, das ist schon fast infam. Wenn man es nicht gewohnt wäre, würde man sich noch wundern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich nenne ein Letztes, weil das auch interessant ist und gerne weitererzählt wird: Die Finanzierungsdefizite der bayerischen Kommunen wären zu hoch. Woher kommt das im Wesentlichen? – Durch die riesig gestiegenen Kosten – das ist das eine. Das andere ist, dass bei den Defizitberechnungen die gesamten Ausgaben der Kommune mit angesetzt werden. Dazu zählen auch die Investitionsausgaben. In Bayern investieren die Gemeinden 23,4 % ihrer Haushalte. In den Flächenländern West sind dies durchschnittlich nur 16 % ihrer Haushalte. In Nordrhein-Westfalen sind dies 12,7 % ihrer Haushalte. Dies beläuft sich also auf nur die Hälfte im Vergleich zu Bayern. Würden die bayerischen Kommunen im Durchschnitt so viel investieren wie die Flächenländer West, hätten die bayerischen Kommunen einen positiven Finanzierungssaldo von einer Milliarde. Würden die bayerischen Kommunen nur so wenig investieren wie die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, hätten die bayerischen Kommunen 2023 einen Überschuss von 2,4 Milliarden Euro gehabt. Das ist die Wahrheit.

Deswegen ist es eine völlig fehlgeleitete Behauptung und ein völlig fehlgeleiteter Vorwurf, der Freistaat Bayern würde seine Kommunen unterfinanzieren. Das Gegenteil ist der Fall. Ich bin froh, dass die kommunalen Spitzenverbände sich fairer und klüger verhalten, als dies die GRÜNEN mit ihrem Antrag tun.

Ich kann nur eines sagen: Ja, Bayern ist kein Schlaraffenland und auch kein kommunales Schlaraffenland; aber wir halten uns an das Konnexitätsprinzip. Was wir in Bayern anschaffen, wird bezahlt. Ich kann nicht auch noch das bezahlen, was der Bund anschafft, meine Damen und Herren. Dann müsste der Bund das Geld auch gleich mitschicken. Sonst können wir dies auf die Dauer nicht machen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, wenn wir für die bayerischen Kommunen noch mehr Geld brauchen, dann gibt es eine gute Möglichkeit, nämlich endlich den Finanzkraftausgleich zu verändern. Wir haben auch in diesem Jahr noch nicht die endgültig abgerechneten Zahlen. Es deutet aber alles darauf hin, dass sich der Betrag für Bayern

wieder auf bis zu 10 Milliarden Euro summiert. Wenn ich dies rund um die Verfassungsklage zum Finanzausgleich vorbringe, wird mir vorgeworfen, wir wären unsolidarisch. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ja, der Freistaat Bayern war bis Anfang der Neunzigerjahre Empfänger im Finanzkraftausgleich. Wir haben bis dato 3,4 Milliarden Euro erhalten – nicht pro Jahr, sondern additiv. Mittlerweile zahlen wir allerdings fast 10 Milliarden Euro jährlich. Rund 117,7 Milliarden Euro hat der Freistaat Bayern insgesamt bereits gezahlt. Anstatt dass wir in Bayern einmal zusammenhalten und sagen, wir müssen das ändern, weil es unfair ist, dass unsere Finanzbelastung in dieser Hinsicht so hoch ist, müssen wir uns auch noch anhören, wir wären unsolidarisch.

Der Vorwurf wird sogar noch öfter erhoben, nämlich auch beim Hochwasserschutz. Bayern zahlt in den Hochwasserfonds jedes Jahr deutlich über 30 Millionen Euro. Ich nenne das Stichwort Ahrtal. Es wird behauptet, es wäre in Bayern noch nicht klar, welches Ausmaß die Katastrophe hat. Im Ahrtal ist bis heute noch nicht abgerechnet worden. Wir haben einen Hochwasserfonds, in den wir bereits weit mehr als 100 Millionen Euro eingezahlt haben. Wenn es in Bayern ein Hochwasser gibt, kommt der Bundeskanzler, dann kommen der Bundeswirtschaftsminister und auch die Bundesinnenministerin. Sie schauen sich dann das Hochwasser an und kündigen Hilfe an. Hinterher muss ich als bayerischer Finanzminister mich aber verteidigen, wenn ich einfordere, dass die angekündigte Hilfe kommt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können überall mithelfen. Das ist doch ein Witz.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Ich danke für den Antrag der FREIEN WÄHLER und bitte um Zustimmung. Aus gutem Grund bitte ich um Ablehnung des Antrags der GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Ich erteile dem Abgeordneten Harry Scheuenstuhl von der SPD-Fraktion das Wort.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Minister, Sie sind nicht darauf eingegangen, warum Sie nicht genügend Personal an die Landratsämter senden. Wenn Sie sagen, das stimmt nicht, bezichtigen Sie die Landräte, mit denen ich gesprochen habe, der Lüge. Wenn Sie doch für alles genügend Personal zur Verfügung stellen, frage ich mich, warum die Landkreise dann so vehement um Hilfe rufen und sich an Sie und uns wenden. Natürlich sind auch wir Ansprechpartner. Ob wir ihnen helfen können, ist fraglich – da gebe ich Ihnen recht. Aber verschiedene Dinge zu nennen und zu behaupten, das sei alles überflüssig, ist übertrieben. Ich erwarte Respekt gegenüber den Menschen, die Hilfe brauchen. Wenn man Eingliederungshilfe braucht, wenn man Schulweghelfer braucht, dann wird das gebraucht. Wir haben uns verpflichtet, den Kommunen genügend Geld zur Verfügung zu stellen. Ob der Bund das bezahlt oder das Land, ist egal.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Ach so!

Harry Scheuenstuhl (SPD): Ich hätte mir gewünscht, dass Sie auf die Konnexität eingehen. Gehen Sie auf die bayerische Konnexität ein!

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Die bayerische Konnexität wird zu 100 % erfüllt.

(Martin Wagle (CSU): Hört, hört!)

Alles, was die Bayerische Staatsregierung und der Bayerische Landtag den Kommunen an Aufgaben überträgt, wird zu 100 % bezahlt. Ich brauche dazu nichts weiter erklären.

Was die Stellen an den Landratsämtern betrifft, müssen Sie mir einfach nur zuhören. Wir haben die Stellen in den letzten zehn Jahren um 1.200 Stellen aufgestockt. Mit

den kommunalen Spitzenverbänden sind für den Zeitraum 2024 bis 2028 532,5 Stellen vereinbart. Das habe ich bereits gesagt, das können Sie im Protokoll nachlesen. Die Kosten an den staatlichen Landratsämtern werden nicht durch neue bayerische Gesetze verursacht, die wir den Landratsämtern übertragen, sondern durch Bundesgesetze. Ich wiederhole mich.

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Asylbewerberleistungsgesetz, Sozialgesetzbuch – das sind Bundesgesetze, die die Landratsämter umsetzen. Wenn Sie möchten, dass Bundesgesetze an den Landratsämtern umgesetzt werden, dann ist es doch nur recht und billig, dass wir auch sagen – –

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

– Hören Sie zu, sonst wissen Sie wieder nicht, was ich gesagt habe.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Freilich weiß ich das!)

– Ja, offensichtlich nicht!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es tut mir leid, aber bei so viel Geplärr auf einmal kann ich Sie nur auffordern: Hören Sie halt zu! Die Umsetzung von Bundesgesetzen an den Landratsämtern erfordert mehr Personal. Wir erlassen Landesgesetze. Wir haben an den Landratsämtern keinen Bedarf an zusätzlichen Beauftragten, die infolge von bayerischen Gesetzen nötig werden oder die Dimensionen in dieser Weise auslösen. Deswegen geht der Vorwurf einfach – –

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

– Ich hätte es Ihnen ja gerne erklärt, aber Herr Scheuenstuhl will nicht zuhören. Ich kann Ihnen auch nicht länger zumuten, dass wir hier einen Dialog führen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die beiden Dringlichkeitsanträge wieder getrennt.

Ich lasse nun zunächst über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/4611 abstimmen, weil über ihn in einfacher Form abzustimmen ist. Wer dem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU auf Drucksache 19/4602. Hierzu wurde namentliche Abstimmung beantragt. Diese findet in elektronischer Form statt. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 15:59 bis 16:02 Uhr)

Nachdem hier schon einige Lichter aufleuchten, bitte ich Sie, nochmals zu überprüfen, ob Sie aus Versehen auf "Zwischenbemerkung" oder tatsächlich auf "Abstimmung" gedrückt haben.

Herr Kollege Magerl, würden Sie bitte darauf achten, dass Sie nicht auf Zwischenbemerkung drücken?

Hatten alle Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit zur Stimmabgabe? – Das ist noch nicht der Fall. –

Ich frage noch einmal: Hatten nunmehr alle Kolleginnen und Kollegen Gelegenheit zur Stimmabgabe? – Offensichtlich nicht.

Gibt es jemanden, der gerne noch seine Stimme abgeben möchte? – Das scheint nunmehr nicht der Fall zu sein. Dann ist die Abstimmung hiermit beendet. Das Ergebnis wird später bekannt gegeben.

(...)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Außerdem gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREI-EN WÄHLER und der CSU-Fraktion betreffend "Wer anschafft, zahlt: Bundesvorgaben nachhaltig finanziell unterlegen" auf Drucksache 19/4602. Mit Ja haben 91 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 16 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 49. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.01.2025 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER, der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion CSU; Wer anschafft, zahlt: Bundesvorgaben nachhaltig finanziell unterlegen (Drucksache 19/4602)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin			X	Eberwein Jürgen	X		
Aigner Ilse	X			Dr. Ebner Stefan			
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin			X
Arnold Dieter				Dr. Eiling-Hütig Ute			
Arnold Horst		X		Eisenreich Georg			
Artmann Daniel	X			Enders Susann	X		
Atzinger Oskar			X				
				Fackler Wolfgang	X		
Bäumler Nicole		X		Fehlner Martina		X	
Bauer Volker	X			Feichtmeier Christiane		X	
Baumann Jörg			X	Flierl Alexander	X		
Baumgärtner Jürgen	X			Freller Karl	X		
Baur Konrad	X			Freudenberger Thorsten	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Friedl Patrick			
Becher Johannes			X	Friesinger Sebastian	X		
Beck Tobias	X			Frühbeißer Stefan	X		
Becker Barbara				Fuchs Barbara			X
Dr. Behr Andrea	X			Füracker Albert	X		
Behringer Martin	X						
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gießübel Martina	X		
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas			X	Goller Mia			
Blume Markus				Gotthardt Tobias	X		
Böhm Martin			X	Graupner Richard			X
Börtl Maximilian	X			Grießhammer Holger		X	
Bozoglu Cemal			X	Grob Alfred	X		
Brannekämper Robert	X			Groß Johann	X		
von Brunn Florian		X		Gross Sabine		X	
Dr. Brunnhuber Martin	X			Grossmann Patrick	X		
Dr. Büchler Markus			X	Guttenberger Petra	X		
Celina Kerstin			X	Prof. Dr. Hahn Ingo			
				Halbleib Volkmar		X	
Deisenhofer Maximilian				Halemba Daniel			X
Demirel Gülseren			X	Hanna-Krahl Andreas			
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig			X
Dierl Franc	X			Hauber Wolfgang	X		
Dr. Dietrich Alexander				Heinisch Bernhard	X		
Dietz Leo	X			Heisl Josef	X		
Dorow Alex	X			Dr. Herrmann Florian			
Dremel Holger	X			Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert	X			Hierneis Christian			X
				Högl Petra	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander	X		
Holetschek Klaus	X		
Holz Thomas			
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Martin			X
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas			
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Jakob Marina	X		
Jungbauer Björn	X		
Jurca Andreas			X
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro	X		
Knoblach Paul			X
Knoll Manuel	X		
Köhler Claudia			X
Köhler Florian			X
Kohler Jochen	X		
Koller Michael	X		
Konrad Joachim	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Sanne			X
Lausch Josef	X		
Lettenbauer Eva			X
Lindinger Christian	X		
Lipp Oskar			X
Locke Felix	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland			X
Maier Christoph			X
Mang Ferdinand			X
Mannes Gerd			X
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes			X
Meußgeier Harald			X
Meyer Stefan	X		
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen			X
Mittag Martin	X		
Müller Johann			X
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike	X		
Nolte Benjamin			X
Nussel Walter			
Dr. Oetzinger Stephan	X		
Osgyan Verena			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim			X
Prof. Dr. Piazzolo Michael	X		
Pirner Thomas			
Pohl Bernhard	X		
Post Julia			
Preidl Julian			
Rasehorn Anna		X	
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias	X		
Rinderspacher Markus		X	
Rittel Anton	X		
Roon Elena			X
Saller Markus	X		
Schack Jenny	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Martin	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schießl Werner	X		
Schmid Franz			X
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut	X		
Schnürer Sascha			
Schöffel Martin	X		
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			X
Schuhknecht Stephanie			X
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seidenath Bernhard	X		
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			X
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			X
Stadler Ralf			X
Stieglitz Werner	X		
Stock Martin	X		
Stolz Anna			
Storm Ramona			X
Straub Karl			
Streibl Florian			
Striedl Markus			
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter	X		
Toso Roswitha	X		
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele			
Vogel Steffen			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias			X
Wachler Peter	X		
Wagle Martin	X		
Walbrunn Markus			X
Freiherr von Waldenfels Kristan	X		
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura			X
Dr. Weigand Sabine			X
Weigert Roland	X		
Weitzel Katja		X	
Widmann Jutta	X		
Winhart Andreas			X
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Freiherr von Zobel Felix	X		
Zöller Thomas	X		
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	91	16	49